

COP29

Das wurde auf der Klimakonferenz in Baku beschlossen

Die Klimakonferenz in Baku ist zu Ende. Statt um konkrete Klimaziele ging es in diesem Jahr vor allem um Geld für vom Klimawandel besonders betroffene Länder. Was beschlossen wurde – und was nicht.

25.11.2024


 Abonnieren


Demonstrantin auf der Weltklimakonferenz in Baku. (picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Rafiq Maqbool)

Welche Finanzmittel sind bisher geflossen und wie viel Geld soll es nun geben?

Derzeit mobilisieren die klassischen Industriestaaten jährlich gut 100 Milliarden US-Dollar an Klimahilfen für ärmere Länder. **Nun soll der jährliche Beitrag bis 2035 auf mindestens 300 Milliarden Dollar erhöht werden.** Der Bedarf liegt allerdings deutlich höher. Die Entwicklungsländer hatten während der Konferenz Beiträge von 1,3 Billionen Dollar jährlich bis 2035 gefordert, mindestens aber bis 2030 eine Erhöhung der Beiträge der Industriestaaten auf 500 Milliarden Dollar. Die Summe von 1,3 Billionen Dollar wird nun in dem Beschluss als Zielgröße genannt, jedoch ohne genaue Angaben zur Herkunft der Mittel.

Deutschland hat für die Klimafinanzierung bislang rund sechs Milliarden Euro pro Jahr versprochen. Wie viel es künftig nach dem neuen Beschluss sein wird, muss die künftige Bundesregierung entscheiden. Konkret berechenbare Verpflichtungen wurden Deutschland in Baku nicht auferlegt.

Der Fonds für Verluste und Schäden ("Loss and Damage Fund") wurde während der Konferenz um 85 Millionen auf rund 760 Millionen Dollar aufgestockt. Beiträge zu diesem Fonds, mit dem besonders betroffene Länder die Schäden durch den Klimawandels beseitigen sollen, sind freiwillig.

Wie soll das Geld aufgebracht werden?

Nach wie vor sollen die Länder im globalen Süden Geld von den Industriestaaten bekommen, das sie nicht zurückzahlen müssen. In der als Gesamtziel genannten Summe von mindestens 1,3 Billionen US-Dollar jährlich sollen aber auch Kredite und private Investitionen eingerechnet werden. Außerdem sollen weitere Geberländer ermuntert werden, sich freiwillig zu beteiligen.

Welche Rolle spielen Schwellenländer wie China?

Entwicklungsländer, zu denen auch China formal zählt, werden nun „ermutigt“, „auf freiwilliger Basis“ Beiträge zu leisten. Schwellenländer wie China und die Golfstaaten gelten nach den Regularien von 1992 immer noch als Entwicklungsländer. Sie sind darum nicht zur Klimahilfe verpflichtet. Nun sollen sie regelmäßig die Höhe ihrer freiwilligen Zahlungen dokumentieren. Zudem sind sie indirekt an Klimabeihilfen beteiligt, wenn Banken, an denen sie einen Anteil halten, Klimakredite vergeben.

Bundesaußenministerin Baerbock sagte, nun seien alle Wirtschaftsnationen der Welt gefragt, um „eine halbwegs verlässliche Lebensversicherung für die Ärmsten“ auf die Beine zu stellen. Das könne Europa nicht alleine leisten.

Wofür soll das Geld ausgegeben werden?

Die vom Klimawandel oft besonders betroffenen Entwicklungsländer sollen zum Beispiel Anlagen für Wind- und Solarenergie und die dazugehörige Infrastruktur aufbauen, um selbst von fossilen Brennstoffen wegzukommen. Die Länder müssen sich zudem auf Ereignisse wie Überschwemmungen, Taifune und Brände vorbereiten. Sie können sturmsichere Häuser bauen und Menschen bei der Umsiedelung unterstützen. Die Gelder können auch in die Landwirtschaft fließen, um Bauern für Klimaschäden zu entschädigen.

Welche Beschlüsse gab es noch auf der COP29?

Bereits am ersten Tag wurden in Baku neue Regeln für Kohlenstoffmärkte beschossen, also für den Handel mit Emissionszertifikaten. Emissionsminderungen können nun zwischen Staaten übertragen werden. So können zum Beispiel Aufforstungsprojekte in Entwicklungsländern gegen Bezahlung auf die deutschen Emissionsziele angerechnet werden. Bisher war dies bereits für Unternehmen möglich. Es gibt aber immer wieder Kritik daran, wie effektiv diese Projekte tatsächlich sind. **Zuletzt ermittelte eine europäisch-amerikanische Forschergruppe in einer Metastudie, dass nur etwa 16 Prozent der Emissionen aus den Kohlenstoffgutschriften auch tatsächlich vermieden werden.**

Eine Bekräftigung der Beschlüsse der Vorgängerkonferenz von Dubai für eine Abkehr von fossilen Brennstoffen und eine Verdreifachung erneuerbarer Energien bis 2030 kam in Baku nicht zustande. Auch eine globale Bepreisung von CO2 hat es nicht ins Abschlussdokument von Baku geschafft. Angedeutet wird eine mögliche Besteuerung von Emissions-Verursachern wie Öl- und Gaskonzernen sowie der Luft- und Schifffahrt.

Welche Reaktionen gab es auf die Beschlüsse der Weltklimakonferenz?

Die Bewertungen der Beschlüsse von Baku fallen unterschiedlich aus. Vom „Beginn einer neuen Ära“ bis hin zum „Betrug“ gab es viele unterschiedliche Reaktionen. **Wir haben diese hier zusammengefasst.**

Was soll nächstes Jahr in Brasilien verhandelt werden?

Die COP30 wird vom 10. bis 21. November im brasilianischem Belém nahe der Amazonas mündung stattfinden. Dort soll konkreter definiert werden, wie die angepeilten 1,3 Billionen US-Dollar für die Klimabeihilfen finanzieren werden sollen.

Diese Nachricht wurde am 24.11.2024 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

Entdecken Sie den Deutschlandfunk

Programm	Hören	Kontakt	Service	Über uns
Programm	Livestream	Hörerservice	FAQ	Deutschlandradio
Alle Sendungen	Audios	Social Media	Newsletter	Presse
Die Nachrichten	Podcasts		Veranstaltungen	Ausbildung und Karriere
Nachrichtenleicht	Apps		Musikliste	Funkhaus Köln
Neue Beiträge auf dl.f.de	Frequenzen		RSS	Transparenz
Themen-Schwerpunkte				Korrekturen